

Sicherheit: liberal oder totalitär?

HENRIQUE SCHNEIDER * • September 2015



Sind Linke die besseren politischen Liberalen? Man kann es provokativ formulieren: In der Diskussion um Datensicherheit und Schutz der Privatsphäre scheint es teilweise so. In der Beratung des neuen Nachrichtendienstgesetzes im Schweizer Parlament sagte der Grüne Nationalrat Daniel Vischer: „[Es geht um] unser kostbarstes Gut, die persönliche Freiheit. Sie wird durch dieses Gesetz in unverhältnismässiger Weise tangiert. Konfrontiert sind wir mit einem Lauschangriff. Wohnungen können verwandt werden; das Telefon kann abgehört werden; das Eindringen in das Computersystem wird ermöglicht; der Staatstrojaner droht; selbst das Stören von Computerprogrammen steht mit diesem Gesetz auf der Tagesordnung. Und das – das ist der entscheidende Punkt in der Auseinandersetzung – gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, Bewohnerinnen und Bewohnern dieses Landes, gegen die in keinerlei Weise ein Tatverdacht auf eine strafbare Handlung vorliegt.“¹

Das erinnert schon sehr stark an den biblischen Urschrei gegen den Staat in 1. Samuel 8, 11-18.² Vermutlich ist es für den grünen Nationalrat kein Lob, als Vorkämpfer des Liberalismus zu gelten. Genauso wenig ist es für die Liberalen ein Lob, wenn alleine Grüne und Sozialdemokraten liberale Grundsätze verteidigen. Jedoch im Sinne einer Provokation sollen in diesem Artikel ausschliesslich „Linke, die den Liberalismus für politische Liberale beschreiben“ zu Wort kommen.

* Der Autor ist Ökonom.

¹ Wortprotokoll der parlamentarischen Debatte, AB 2015 N 369.

² 11 Das wird des Königs Recht sein, der über euch herrschen wird: Eure Söhne wird er nehmen zu seinem Wagen und zu Reitern, und dass sie vor seinem Wagen her laufen, 12 und zu Hauptleuten über tausend und über fünfzig und zu Ackerleuten, die ihm seinen Acker bauen, und zu Schnittern in seiner Ernte, und dass sie seine Kriegswaffen und was zu seinen Wagen gehört, machen. 13 Eure Töchter aber wird er nehmen, dass sie Salbenbereiterinnen, Köchinnen und Bäckerinnen seien. 14 Eure besten Äcker und Weinberge und Ölgärten wird er nehmen und seinen Knechten geben. 15 Dazu von eurer Saat und euren Weinbergen wird er den Zehnten nehmen und seinen Kämmerern und Knechten geben. 16 Und eure Knechte und Mägde und eure schönsten Jünglinge und eure Esel wird er nehmen und seine Geschäfte damit ausrichten. 17 Von euren Herden wird er den Zehnten nehmen, und ihr müsst seine Knechte sein. 18 Wenn ihr dann schreien werdet zu der Zeit über euren König, den ihr euch erwählt habt, so wird der Herr zu derselben Zeit euch nicht erhören.

Um die Frage zu verdeutlichen: Warum versagt gerade in der Diskussion um die Sicherheit oft der liberale Kompass?

I. Sicherheit – oder Schnüffelstaat auf dem Vormarsch?

Nimmt man die vermeintlich bürgerliche Schweiz als Fallstudie, kann man Folgendes feststellen: In nur vier Jahren hat sich die Anzahl der Gesetze, die sich der Sicherheit verschreiben und deshalb Bürgerinnen und Bürger gläsern machen, verdoppelt. Einige Beispiele dazu sind:

- Der automatische Informationsaustausch in internationalen Steuersachen ist ein Beschluss des Bundesrates (Exekutive). Mit ihm werden Steuerdaten ohne Wissen der betreffenden Personen an ausländische Behörden geliefert. Zur Verteidigung der Bürgerlichen: Dies steht zuoberst auf der Liste der Linke. Es bleibt abzusehen, was davon politisch übrig bleibt.

- Mit dem Abkommen mit der EU in Wettbewerbsangelegenheiten können die entsprechenden Kartellbehörden Informationen zu Firmen austauschen, ohne sie zu informieren (bei Paralleluntersuchungen). Wie es von den Verteidigern dieses Abkommens immer wieder heisst, geht es um die „Freiheit der Behörden“.

- Das neue Bundesgesetz zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BüPF) erlaubt die Installation von (Bundes-) Trojanern auf Computern und Mobiltelefonen, die Speicherung auf Vorrat aller Verbindungsdaten während 12 Monaten (E-Mail, Handy, IP-Adressen, usw.) sowie eine intrusive Überwachung der Mobiltelefonie.

- Das Zollgesetz erlaubt neu die Personenüberwachung inklusive Beschattung (d.h. das unerkannte Verfolgen). Brisant ist dabei, dass der Zoll dies bereits tat, bevor dafür eine gesetzliche Grundlage vorhanden war, wie der Bundesrat zugibt.

- Selbst im neuen Sportgesetz soll eine automatische Verarbeitung von Personeninformationen vorgenommen werden. Warum? Während andere Gesetze zumindest versuchen, einen Rechtfertigungsgrund für den stets wachsenden Datenhunger zu finden, wird dies im neuen Sportgesetz gar nicht erst versucht.

- Und zuletzt das oben erwähnt Nachrichtendienstgesetz (NDG), das dem Staat – genauer: dem strategischen Nachrichtendienst, der in der Schweiz keiner unabhängigen Kontrolle untersteht aber vor allem durch mangelnde Professionalität, Datenlecks und Datenverkäufe auffällt – alles erlaubt.

Politisch bürgerliche Kräfte werden einwenden: Die liberale Gesellschaft braucht einen Staat, der für „Recht und Ordnung“ sorgt. Und heute braucht dieser Staat neue und mehr Mittel in der Bekämpfung der Internet-Kriminalität, des Terrorismus und anderer Bedrohungen. Politisch bürgerliche Kräfte werden wohl mit verschmitztem Lächeln auch noch einwenden: Selbst Liberale stimmen der Wehrpflicht und damit der staatlich garantierten Sicherheit zu. Dieser Einwand unterliegt jedoch gleich drei Irrtümern.

Der erste Fehler ist philosophischer Natur. Allgemeine Wehrpflicht und die Rechte des Staates in der Überwachung von Menschen sind zwei konträre Positionen. Die allgemeine Wehrpflicht – in ihrer liberalen Konzeption – setzt auf den Dienst der Bürgerin und des Bürgers zu Gunsten jener Gesellschaft, in der sie oder er freiwillig leben will. Wie bei der Klubguttheorie leistet man hier einen Beitrag, um dem Klub anzugehören. Die liberale Version der allgemeinen Wehrpflicht sieht zudem ausdrücklich vor, dass weil der Mensch frei ist, er sich bewaffnen muss; letztlich auch, um sich gegen einen überbordenden Staat wehren zu können.³ Die oben angesprochene Gesetzesprojekte kehren diese Logik um: Alle Bürgerinnen und Bürger werden vom Staat als potentielle Gefahren eingestuft. Gegenüber all seine Bürgerinnen und Bürger gibt sich der Staat selbst die Mittel und Kompetenzen, sie auszuspähen. In diesem Konzept sind die Menschen nicht frei, sondern ihre Freiheit ist grundsätzlich verdächtig. Im Modell der liberalen Wehrpflicht leisten die Bürgerin und der Bürger einen Dienst an der Allgemeinheit und kontrollieren dabei den Staat; es geht um ihre Sicherheit. Dem gegenüber steht das Modell des Daten- oder Schnüffelstaates: Er maximiert seine eigene Sicherheit indem er die Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger verkleinert.

Der zweite Irrtum ist logischer Natur. Es stimmt schlicht nicht, dass allein weil die Sicherheitslage neue Elemente aufweist, die Bedrohungen heute auch grösser sind und der Staat deshalb mehr Kompetenzen braucht. Diese Kausalität ist falsch, weil sie vom Ende aus gedacht ist. Sie ist die argumentative Konstruktion der Rechtfertigung für mehr Mittel. Richtig wäre: Ist der Staat der Meinung, er komme mit bestehenden Mitteln und Kompetenzen nicht aus, um die aktuellen Bedrohungen zu meistern, muss er sich zunächst eine Doktrin über seine Aktivitäten geben. Diese Doktrin würde die Ziele und die bestehenden Operationen und Mittel aufstellen sowie allfällige neue Kompetenzen und ihre Kosten – auch Gefahren und Risiken dieser möglichen Ausweitung – aufzählen. Und dann erst

³ Galston, W. (2003). A Sketch of Some Arguments for Conscription, *Philosophy & Public Policy Quarterly* 23 (3), 1-5.

könnten neue Kompetenzen und Mittel beantragt werden. Mit anderen Worten: Zunächst muss der Auftrag analysiert werden und erst dann können Mittel beantragt werden. Wenn die Schweiz nun dem Datenstaat Kompetenzen auf Vorrat gibt, muss man sich auch nicht wundern, wenn diese miss-/gebraucht werden.

Der dritte Fehler ist empirischer Natur. Jährlich sterben im Durchschnitt mehr Menschen in den Schweizer Bergen als Menschen in den USA und Europa, inklusive Türkei, in terroristischen Attentaten sterben. Erstere Summe beträgt um die 160 Personen; zweitere um die 150.⁴ Freilich geht es hier nicht um die Quantifizierung oder Qualifizierung menschlicher Opfer, es geht jedoch um die Verhältnisse unterschiedlicher Gefahren. Der Staat wird mit mehr Mitteln und Kompetenzen nicht alle Gefahren und Risiken bannen können. Oder anders gesagt: Die theoretischen und empirischen Kosten einer hundertprozentigen Sicherheit sind zu hoch. Ebenso ist empirisch anzumerken: Ob die intrusive und anonyme Datensammlung durch den Staat wirklich besser geeignet ist, die Sicherheit zu verteidigen, ist alles andere als erwiesen. Schliesslich sind die Alternativen dazu noch zu wenig entwickelt oder diskutiert worden. Der Reflex, vom Staat die Sorge um Sicherheit zu verlangen, sowie der Reflex, mehr Sicherheit mit mehr Kompetenzen des Staates gleichzusetzen, sind empirisch nicht begründbar. Sie sind auch logisch und philosophisch nicht begründbar. Letztlich sind sie als Reflexe gar nicht begründbar. Und deshalb ist es gefährlich, basierend auf ihnen Politik zu machen.

Das sind aber nicht die wichtigsten Fragen im Zusammenhang mit Sicherheit und Totalitarismus.

II. Totale Sicherheit – totaler Staat

Was den Liberalismus wirklich interessieren sollte, ist das Staatsmodell, das hinter der Vorstellung von (absoluter oder möglichst grosser) Sicherheit steht. Und Sicherheit ist immer eine totale Vorstellung; sie ist auch eine totale Forderung.⁵ Freilich wird sie nicht und nie gänzlich erreicht, doch wer Sicherheit fordert, geht mindestens konzeptionell davon aus, sie sei erreichbar. Wie wäre sie zu erreichen? Mit einem Plan, der alle Lebensfaktoren, Präferenzen, Handlungen, aber auch alle exogene Faktoren regelt. Mit anderen Worten: Mit einem totalen Plan.

⁴ *Der Spiegel* (2015), Nummer 9 S. 63.

⁵ Wittgenstein, L. (1984). *Über Gewissheit*. Suhrkamp: Frankfurt am Main.

Damit wird auch deutlich, dass Sicherheit nicht nur das polizeiliche und militärische umfasst, sondern letztlich alle Lebensbereiche. Sicherheit bedeutet, dass alle Menschen stets alles haben, was sie brauchen. Dieses „brauchen“ ist dabei nicht eine Funktion individueller Präferenzen, sondern ein objektives, ja ein szientistisches Gegebenes. Was das Individuum braucht ist das, was ihm Sicherheit gibt. Also soll es das essen, das gut für die Gesundheit ist und gleichzeitig umweltverträglich produziert werden kann. Damit wird der Sicherheit der Gesundheit und gleichzeitig jener der Umwelt, die sich dann auch auf die menschliche Sicherheit auswirkt, Rechnung getragen. Zentrale Rechnungen ermitteln die richtige Dosis für ein weltweites Gleichgewicht, das Sicherheit garantiert. Dieses Gleichgewicht besteht aus sozialen Institutionen, Menschen, Naturgegebenheiten und so weiter. Jedes Individuum, das eine Handlung vornimmt, die gegen dieses Gleichgewicht verstößt, ist eine Gefahr. Und es ist wieder Aufgabe des zentralen Rechners, die Gefahr frühzeitig zu erkennen und sie zu bekämpfen.

Das erinnert stark an „science fiction“, das vor allem eine Eigenheit hat: Als Fiktion ist sie gerade nicht Realität. Doch es ist nicht allein der Zustand der totalen Sicherheit, der Liberale beunruhigen sollte, sondern schon die Elemente, die ihrer Logik entnommen werden um im politischen Alltag implementiert zu werden. Dazu gehören beispielsweise die Idee, dass eine „Grundsicherheit“ gegeben sein muss, ebenso wie Vorstellungen von sozialer Sicherheit. Diese sind im Alltag der Gesetzgebung zum Sozialstaat präsent – man könnte fast sagen, omnipräsent. Auch die Vorstellung, das Individuum könnte eine Gefahr für die Umwelt sein und müsse deshalb kontrolliert werden, ist gesetzgeberisch präsent.⁶

Sicherheit, so wie sie Nachrichtendienstgesetze und Vorratsdatenspeicherung, Sozialstaat und die Doktrinäre der nachhaltigen Entwicklung wollen, ist die Regulierung eines Endzustandes. Diesen Konzepten gemeinsam ist, dass sie davon ausgehen, der Endzustand, die Sicherheit, liesse sich im Voraus definieren.

⁶ Ein gutes Beispiel dafür ist die neu erarbeitete Strategie Nachhaltige Entwicklung. Die Vision zum Thema Konsum besagt: „Die Konsumentinnen und Konsumenten sind über ökologische, soziale und ökonomische Zusammenhänge beim Konsum informiert und dafür sensibilisiert. Dadurch werden sowohl von Privatpersonen als auch von Unternehmen Produkte gewählt, die ressourceneffizient, sozial- und umweltverträglich hergestellt, sowie verbrauchsarm, langlebig, leicht reparierbar und gut wiederverwertbar konzipiert und gestaltet wurden. Bedürfnisse werden nicht nur durch den Kauf von neuen Gütern gedeckt, sondern vorwiegend durch deren Wiederverwendung, Ausleihung oder durch Dienstleistungen. Gebrauchte Güter und Abfälle bzw. Reste und Nebenprodukte werden wiederverwertet, sowie Foodwaste vermieden.“ Entsprechende Ziele sind: „Alle Konsumenten sind sensibilisiert, informiert und haben die notwendigen Kompetenzen, um max. 10% ihres ganzen Einkaufs (Food, Kleider, Elektrogeräte) nicht zu recyceln.“ Und: „Die Bevölkerung deckt ihre Bedürfnisse bei gleichbleibender Lebensqualität mit einem Footprint von 1.9.“ Bundesamt für Raumentwicklung ARE (2015). *Visionen und Ziele aus dem Stakeholder-Dialog zur Strategie Nachhaltige Entwicklung*, 3.3.15.

Doch um diese im Voraus definierte Sicherheit zu erreichen, braucht man Pläne. Und diese Pläne müssen immun gegenüber Fremdeinwirkung und Unvorhergesehenem sein. Individuelle Aktion ist immer unvorhergesehen. Somit muss man gerade die individuelle Aktion minimieren, wenn nicht gar ausschalten, um die Pläne oder ihre Elemente aufrecht zu erhalten. Das ist ohnehin das Problem aller Regulierungen des Endzustandes. Sie setzen auf zentrale Pläne und damit auf die Unterdrückung der Spontanität. In diesem Sinne sind sie Früchte einer totalitären Denkweise.

Gerade in der Diskussion um Sicherheit – sei sie in der Datenwelt, sei sie in sozialen Belangen, sei sie in den Belangen des Umweltschutzes– droht ein Totalitarismus ohne Uniform, in den Worten des (nicht für seine Verteidigung des Liberalismus bekannten) Harald Welzers: „Diktaturen arbeiten immer zuerst an der Abschaffung der Privatheit und des Geheimen und Verborgenen. Denn nur so lassen sich Menschen effektiv kontrollieren.“⁷ Es liesse sich daraus schnell folgern: Der Staat, der die Privatsphäre und die individuellen Aktionen einschränkt, bedient sich totalitärer Instrumente.

III. Sicherheit und Liberalismus

Somit drängt sich die Frage auf: Was hat der Liberalismus dem entgegengesetzt? Auf die eingangs gestellte Frage, ob Linke die besseren Liberalen seien, mag Foucault eine Antwort präsentieren: „Kein Liberalismus ohne eine Kultur der Gefahr.“⁸

Das ist ein wichtiger Schlüssel: Im Umgang mit den gesellschaftlichen Gefahren sollen sich die Einzelnen bewähren. Ihr unternehmerisches Handeln und ihre individuelle Verantwortung sind es, die über das Wohlbefinden und auch über die Sicherheit des Einzelnen entscheiden. Daher ist Unsicherheit nicht das Ergebnis einer fehlerhaft eingerichteten Gesellschaft, sondern unverzichtbares Element ihres alltäglichen Funktionierens. Man könnte es noch radikaler formulieren: Unsicherheiten sind natürlich, unvermeidlich und irreduzibel; sie bilden einen Bestandteil der Realität. In einem System, in dem Risiken gewagt werden – in dem sich diese Risiken auch materialisieren –, ist Unsicherheit nicht nur eine Voraussetzung für den sozialen und materiellen Fortschritt, sondern auch ein Grund

⁷ H. Welzer im Interview mit *Der Spiegel* (2015), Nummer 9 S. 65.

⁸ Foucault, M. (2003). Le libéralisme comme nouvel art de gouverner. In: Blanc, G. und Terrel, J. (Hg.), *Foucault au Collège de France: Un itinéraire*, Paris :Pessac. S. 209.

für die freiwillig eingegangene Vergesellschaftung des Individuums. Man kann sie also nicht nur nicht verhindern, sondern sollte gar nicht anstreben, sie zum Verschwinden zu bringen: Ihre Existenz ist eine Art politisches Gut.

Der Liberalismus müsste also nicht im Endzustand die Gefahr oder die Unsicherheit gänzlich vermeiden wollen. Er bejaht ihre Existenz. Aus liberaler Sicht sollten Prozesse so organisiert werden, dass sich individuelle Risiken und individuelle Verantwortung decken. Individuen sollen jene Wagnisse eingehen, welche sie selbst verantworten können.

Hier hält wiederum Foucault einen weiteren Schlüssel bereit: „Die liberale Kunst der Regierung besteht in einer mehr oder weniger systematisierten und kalkulierten Form der Machtausübung, welche nicht direkt auf die handelnden individuellen oder kollektiven Akteure einwirkt oder deren Handlungsoptionen unmittelbar einschränkt. Im Gegenteil zielt sie eher auf eine indirekte und reflexive Bestimmung der Handlungen, sie „operiert auf dem Möglichkeitsfeld [...]: sie stachelt an, gibt ein, lenkt ab, erleichtert oder erschwert, erweitert oder begrenzt [...]; aber stets handelt es sich um eine Weise des Einwirkens auf ein oder mehrere handelnde Subjekte, und das, sofern sie handeln oder zum Handeln fähig sind. Ein Handeln auf Handlungen“.⁹

Freilich kann der Liberalismus nie einem Staat zustimmen, der Bürgerinnen und Bürger manipuliert oder paternalisiert.¹⁰ Doch die Idee, dass Handlungen durch andere Handlungen, auch durch hoheitliche Handlungen beeinflusst werden, ist mit dem Liberalismus kompatibel. In einer freiwilligen Vergesellschaftung ist es akzeptabel, wenn die individuellen Aktionen in einem Netz von anderen Handlungen und Interaktionen betrachtet werden. Individuen können sich also in Gruppen zusammenfinden, um Risiken und Wagnisse einzuschätzen, sie einzugehen und ihre eventuellen Folgen zu tragen. Das ist die seitens der Individuen freiwillige Gestaltung des Prozesses und nicht die hoheitliche und allumfassende Planung oder Regulierung des Endzustandes.

Die gute Nachricht ist: All dies gibt es schon. Versicherungen übernehmen diese Rolle im sozialen Bereich (wären sie nur freiwillig) ebenso wie Gerichte diese Rolle im Polizeilichen übernehmen. Jene, die sich diesen freiwillig-

⁹ Foucault, M. (1987). Das Subjekt und die Macht. In: Dreyfus, H. und Rabinow, P. (Hg.), *Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*, Suhrkamp: Frankfurt am Main. S. 255.

¹⁰ Das ist bewusst gegen den „Libertären Paternalismus“ von Thaler und Sunstein gemünzt. Thaler, R. und Sunstein, C. (2003). Libertarian Paternalism, *The American Economic Review* 93, 175–179.

gesellschaftlichen Lösungen nicht anschliessen wollen, tragen die Konsequenzen ihrer Handlungen selber. Ein ähnliches Prinzip kann doch für die im politischen Reflex stets als Belang der Staatssicherheit angesehenen Probleme gelten. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen könnten sich freiwillig „Online-Schutzkommunen“ anschliessen oder sich versichern lassen, um mit Cyber-Risiken umzugehen. Die Möglichkeit der freiwilligen Datenmeldung könnte geschaffen werden.

Der wichtigste liberale Schlüssel zur Sicherheit ist die Verteidigung der Rechte der Privaten und des Privaten. Die Freiheitsrechte – heute in beinahe jeder Verfassung verankert – waren ursprünglich Abwehrrechte gegenüber staatlicher Tätigkeit.¹¹ Doch auch in der Gemeinschaft, selbst in der staatlichen Vergesellschaftung, ist der Liberalismus nicht gegen Sicherheit. Seine Konzeption von Sicherheit ist eine andere. Sie gründet in der Stabilität der Rahmenbedingungen und ihrer gezielten Durchsetzung. Freiheits- und Eigentumsrechte sind somit Aspekte der Sicherheit. Dazu gehören auch die Stabilität der rechtlichen Rahmenbedingungen, die Durchsetzung rechtlicher Ansprüche vor Gericht und die gezielte Ahndung von Brüchen gemeinsamer Regeln. Der Liberalismus braucht Risiko. Doch er braucht auch Systeme für den Umgang mit Risiken. Der logische Norden des liberalen Kompasses besteht jedoch darin, dass diese Systeme von den individuellen Rechten abgeleitet werden. Die aktuelle Diskussion um den Daten- und Schnüffelstaat kehrt dies um und leitet die individuellen Rechte vom Sicherheitsbedürfnis des Staates ab.

Was bedeutet dies also? Der Liberalismus sieht nie eine staatliche Lösung als erstes Mittel gegen Herausforderungen. Sondern er sieht die Herausforderungen als Möglichkeit freiwilliger-gesellschaftlicher Kooperation. Damit ist es gerade aus liberaler Perspektive falsch, dem Staat mehr Mittel zu Überwachung oder im Nachrichtendienst zu geben.

Liberales sollen dafür plädieren, den Privaten genügend Freiräume zuzugestehen und dem Privaten, das heisst den Eigentums- und Freiheitsrechten, eine Priorität zuzuweisen. Ob sie es tun, hängt davon ab, ob die institutionellen Arrangements derart konzipiert sind, dass Individuen die Folgen ihrer Handlungen, darunter die Materialisierung von Risiken, tragen. Wenn dies gegeben ist und die Individuen dennoch akute Herausforderungen nicht angehen, dann muss – bevor

¹¹ Hellermann, J. (1993). *Die sogenannte negative Seite der Freiheitsrechte*. Duncker & Humblot. Aubert, J. F. (1983). *Exposé des institutions politiques de la Suisse à partir de quelques affaires controversées*. Payot.

dem Staat neue Aufgaben und mehr Kompetenzen und Mittel zugestanden werden – überprüft werden, ob die Herausforderung überhaupt ein Problem ist. Wenn Individuen die Folgen ihrer Handlungen tragen und sich kein Markt für etwas, was als Problem oder Desideratum verstanden wird, etabliert, dann ist das ein klares Zeichen dafür, dass es sich nicht um ein echtes Problem oder Desideratum handelt. Das Problem oder Desideratum ist in diesem Fall oft nur politische Imagination. Noch häufiger handelt es sich auch allein um die Politisierung partikulärer Interessen; in diesem Fall partikulärer Interessen eines sich ausdehnenden Staates, der nach mehr Macht und deshalb nach mehr Kontrollmöglichkeiten seiner Bürgerinnen und Bürger lechzt.

IV. Fazit

Sicherheit ist primär die Garantie liberaler Institutionen wie Eigentum und persönliche Freiheit. Liberal ist auch das Aufstellen eines Systems, das den Umgang mit Risiken ermöglicht, also Eigentum und Freiheit schützt. Liberal ist, Risiko als Chance zu akzeptieren.

Nicht liberal ist, die Bedürfnisse des Staates in den Mittelpunkt zu stellen; die Rechte der Bürgerinnen und Bürger aus diesen Bedürfnissen abzuleiten. Totale Sicherheit zu versprechen oder sie gar anzustreben, endet in Totalitarismus.

Die Linke, die schon zu Beginn provokativ zu Worte kam, soll auch das letzte Wort haben. Und dies im Sinne einer Mahnung: Die liberale Freiheit hat ihren Preis; dieser besteht unter anderem im (Er-)Tragen der Unsicherheit. Liberale haben daher die Aufgabe, für individuelle Freiheit einzutreten, denn „Die Freiheit [...] ist niemals etwas anderes als ein Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten.“¹²

¹²¹² Foucault (2003) op. cit. En viii.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Rennweg 42
8001 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im Internet unter www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2015, Liberales Institut.